

Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. h. c. h. v. W. v. W. v. W.
Verlags- und Druckerei:
Auer-Verlag
Zentraldruckerei
Zentraldruckerei

Stammpreise: Durch unsere Seiten frei im Jahre monatlich 2.00 Mark. Bei der Geschäftsabgabe monatlich 1.00 Mark. Bei der Post bezahlt monatlich 1.00 Mark. monatlich 2.00 Mark. Erhältlich täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonntag und Feiertagen. Unsere Zeitungsabnehmer und Ausgabehelfer, sowie alle Postämter und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Nr. 214.

Dienstag, den 13. September 1921.

16. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

Der Sächsische Landtag wird zur Verabschiedung der Grund- und Gewerbesteuer Dienstag, den 27. September zu einer Zwischentagung zusammentreten.

Zwischen dem Reichskanzler und dem Reichsbankpräsidenten haben Besprechungen stattgefunden, die den rapiden Sturz der Mark betrafen. Heute folgen Besprechungen mit den Vertretern der Großbanken.

Nach der Meldung eines Pariser Blattes hat die belgische Regierung beschlossen, ihre Truppen am 15. September aus dem Ruhrgebiet zurückzuziehen.

Das bayerische Gesamtministerium hat in seiner gestrigen Sitzung die Lage erörtert. Schließlich ist das Gesamtministerium zurückgetreten. Nach § 48 der Verfassung führen die Minister bis zur Bildung eines neuen Ministeriums die Geschäfte weiter.

Dem Petit Parisien zufolge wird der Völkerverbund Montag zusammentreten und sehr wahrscheinlich zur oberösterreichischen Frage Stellung nehmen.

Die Wendung in Bayern.

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Der Rücktritt des bayerischen Ministerpräsidenten Dr. v. Raab und des Justizministers Dr. Roth ist zwar noch nicht endgültig. Die Entscheidung liegt selbstverständlich beim Plenum des bayerischen Landtags, aber man darf doch schon heute sagen, daß es dabei bleiben wird. Indem Herr v. Raab in letzter Stunde eine bedenkliche Zweideutigkeit in den Beschluß des ständigen Ausschusses hineinzubringen versuchte, hatte er sich endgültig zu weit vorgewagt, und seine Drohung mit dem Rücktritt ist im Landtagsausschuß selbst von der bayerischen Volkspartei nicht beachtet worden. Der Verlauf der Dinge in München beweist, wie ernsthaft es im Grunde den Bayern und besonders den bayerischen Demokraten um die Einheit des Reiches zu tun ist. Wo eine solche Gesinnung herrscht, muß sich der Weg der Verständigung finden lassen. Und die Reichstagsfraktion der Deutschen Demokratischen Partei wird dabei den Bayern alle erdenkliche Hilfe zuteil werden lassen. Man muß sich nur einmal vergegenwärtigen, worum der Streit eigentlich ging. In dem Ueberwachungsausschuß des Reichstages hat am gestrigen Montag der Abg. Prof. Beyerle von der bayerischen Volkspartei in sehr sachlichen und ruhigen Darlegungen den Standpunkt vertreten, daß es sich um die Frage handle, ob Bayern noch seine eigene Polizeiherrschaft habe oder nicht. Dem ist schon der Abg. Erzengel entgegengetreten. Niemand will die bayerische Rechte beeinträchtigen. Zu der Auffassung Beyerles kann man nur kommen, wenn man alles Vorangegangene und besonders das politische Verhalten der Raab- und Pöhlner auch in der jetzigen Angelegenheit überflieht und sich nur an die juristische Formel klammert. Im Grunde handelt es sich darum, ob Bayern für sich das Autonome haben soll, die Politik der Reichsregierung, ja selbst ihre Außenpolitik einfach zu durchkreuzen. Man braucht sich nur an die Vorgänge bei der Einwohnerwehrfrage zu erinnern, um die Wichtigkeit dieser Fragestellung einzusehen. Gewiß liegt es dem bayerischen Volke selbst fern, die Politik der Reichsregierung zu durchkreuzen und damit überhaupt jede Reichspolitik unmöglich zu machen. Aber es wird unter dem Scheine, daß es sich um die Erhaltung der bayerischen Selbstständigkeit handle, ein Kampf geführt, der die Reichspolitik sabotiert. Und welchen Zweck hat dieser Kampf? Man muß sich immer wieder vergegenwärtigen, daß Bayern der einzige Staat ist, in dem die Deutschnationalen in der Regierung sitzen. Man muß sich vor Augen halten, daß die bayerischen Deutschnationalen gedeckt und geschützt werden durch eine preußisch-junkerliche Clique, die am Starnberger See und Ammersee ihre von der deutschen Republik bezahlten Pensionen verzehren und daneben aus allerlei anderen dunklen Quellen Zuflüsse an Geld erhalten. Man muß sich vergegenwärtigen, daß das Ziel dieses Flügels der bisherigen bayerischen Regierungskoalition kein anderes ist, als das, das republikanische Reich lahmzulegen, um von Bayern aus die Reichsrepublik aus den Angeln zu heben.

In dieser Richtung haben wir leider allzuschlimme Erfahrungen gemacht. Und hier muß Klarheit geschaffen werden. Das aber ist eine höchst eigene Aufgabe des bayerischen Volkes selber. Von Reichswegen kann man nichts anderes tun, als den Kern der ganzen Frage vor aller Augen klar herauszuschälen und dabei jede Gelegenheit zu ergreifen, aber die anderen, fälschlich in den Vordergrund geschobenen Zuständigkeitsfragen sich zu verständigen. Würde das Reich eine andere Politik machen, erlaube es den bayerisch-preußischen Junkern, den Englandern und Genossen, sich in jedem Falle es immer noch einmal zu überlegen, ob sie der Reichspolitik folgen wollen oder nicht, so müßte sich in Deutschland jener gefährliche Partikularismus entwickeln, der noch immer in der Geschichte Deutschlands wahrer Feind war. Man lese, was darüber ein so weit rechts stehender Mann, wie F. A. v. S. A. in seinem bekannten Buche geschrieben hat. Der alte Hohenzollern, ein Mann, der selber einmal bayerischer Ministerpräsident gewesen war und dann zum Reichskanzler und preußischen Ministerpräsidenten avancierte, drückte es in seinen Tagebuchnotizen drastisch dahin aus: die Junker pfeifen auf das Reich. Sie haben sich nur zeitweise mit dem Reich ausgesöhnt, als sie die Sicherheit hatten, daß das Reich in

ihrem Sinne geleitet werde. Nun diese Voraussetzung weggefallen ist, wenden sie sich in Taten und Worten gegen das Reich, auch wenn sie sich fälschlicher- und unberechtigterweise deutschnational nennen. Wir sind sicher, daß sie, wenn dieser Kern des Streites erkannt wird, in Bayern nur wenig Gefolgsthät und gewiß nicht bei den Demokraten Hilfe finden werden. Nach dem Rücktritt Raabs sollte in Bayern die Bahn frei sein, für eine Regierungskoalition, die gewiß über die bayerischen Rechte, aber auch über die Einheit und Geschlossenheit des Reiches wacht.

Reichswirtschaftsrat und Steuergesetze.

Dr. Der Reichskanzler und Reichsfinanzminister Dr. Wirth hatte schon vor Monaten dem Reichswirtschaftsrat auf seinen Wunsch die Zustimmung gegeben, daß er vor der endgültigen Formulierung der neuen Steuergesetze gutachtlich gehört werden solle. Jetzt liegen die Regierungsentwürfe so weit fertig vor, daß sie dem Reichsrat in den nächsten Tagen unterbreitet werden können. Da ist nun der Reichswirtschaftsrat schleunigst zusammengetreten, um die Entwürfe noch vorher zu begutachten. Er hat sich zunächst grundsätzlich über die zu befolgenden großen Richtlinien bei dem Gesamtsteuerwerk geäußert. Als solche bezeichnet er: vorherige Feststellung der Grenzen der Belastungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft unter Berücksichtigung der gesamten öffentlichen Belastung, Uebersichtlichkeit und Klarheit der Steuergesetzgebung, gesetzlich normierte Höchststeuersätze und klare Zuständigkeiten für Reich, Länder und Gemeinden, Beratung und Verabschiedung der Gesetzentwürfe als einheitliches Ganzes, Bemessung der Steuerbelastung beruht, daß die Besteuerungsgegenstände nicht so sehr in ihrem Bestand angegriffen werden, daß dadurch die Neubildung von Vermögen und damit der Wiederaufstieg der Wirtschaft verhindert wird. Ein Teil dieser Richtlinien kann zweifellos noch bei der demnächstigen parlamentarischen Behandlung der neuen Steuern berücksichtigt werden, bei einem anderen Teil ist das schon deshalb nicht möglich, weil ein Ueberblick über die Gesamtheit der Steuern und ihre Erträge immer noch nicht von der Regierung gegeben werden kann. Besonders beachtlich bleibt aber, daß die Richtlinien des Reichswirtschaftsrates einheitlich aufgestellt sind und eine Steuerfront von Nichtsoßen bis Wölfen erzielt ist. Ob sich diese Einheit auch bei der Durchberatung der einzelnen Entwürfe im Reichswirtschaftsrat halten lassen wird, muß sich schon bald herausstellen.

Die Landtagswahlen in Thüringen

Dr. Das vorläufige Ergebnis der Thüringischen Landtagswahlen läßt erkennen, daß eine wesentliche Veränderung der parteipolitischen Machtverhältnisse nicht eingetreten ist. Die Wahlbeteiligung war im ganzen schwächer als bei früheren Wahlen und alle Parteien außer den Kommunisten, die den größten Teil der Unabhängigen zu sich herübergezogen haben, haben gleichmäßig einen Rückgang an Stimmen zu verzeichnen. Am stärksten scheinen die Rechtsparteien und die Unabhängigen vom Stimmenrückgang getroffen zu sein. Außer den Kommunisten, für die ja Thüringen leider zu einer Hochburg geworden zu sein scheint, haben die Demokraten verhältnismäßig am besten abgesehen, da sie ihre früheren Wählerziffern ziemlich genau gehalten haben, auch die Mehrheitssozialdemokraten werden ungefähr in früherer Stärke zurückkehren. Allem Anschein nach wird also der neue thüringische Landtag vor denselben großen Schwierigkeiten der Regierungsbildung stehen, wie der alte. Dort konnten bekanntlich weder die Rechtsparteien ohne die Demokraten, noch die Linksparteien eine tragfähige Mehrheit bilden. Es kam schließlich unter der sehr unzuverlässigen Neutralität der Kommunisten ein demokratisch-sozialistisches Ministerium unter Führung des Demokraten Dr. Paulsen zustande, das zurücktreten mußte, als die Regierungsvorlage über die neuen Grundsteuern von den beiden Rechtsparteien und den Kommunisten abgelehnt wurde. Auf die neue Regierungsbildung darf man also gespannt sein.

Bolschewistische Staatsordnung und die Hungersnot.

Dr. Die Hungersnot in Sowjetrußland hat das Interesse der gesamten Kulturwelt an den Zuständen im Reich des Bolschewismus erneut wachgerufen. In zehn russischen Gouvernements hungern mindestens zwanzig Millionen Menschen. Diese große Hungersnot ist nicht plötzlich entstanden, sie hat sich bereits in den letzten drei Jahren vorbereitet. Seit die bolschewistische Staatsordnung immer mehr in das Verfügungsrecht der Bauern über ihre Ernteerzeugnisse eingriff, hat die Bestellung der Felder abgenommen. 1920 war sie bereits auf die Hälfte der Friedenszeit und 1921 auf ein Drittel vermindert, vor allem auch, weil die Sowjetregierung Saatgetreide in ausreichendem Umfange nicht liefern konnte. In diesem Jahr hat dazu noch die Moskauer Regierung gerade zur Zeit der Felderbestellung umfangreiche Pferderequisitionen für die rote Armee vornehmen lassen, sobald das Umpflügen der Felder fast ohne Hilfe von tierischer Kraft ausgeführt werden mußte, d. h. der Bauer mußte Frau und Kind vor den Pflug spannen. Von vornherein waren die Felder also nur in unzureichendem Maße bestellt. Dann aber kam die Zeit der großen Dürre, monatelang fiel kein Tropfen Regen, sodas auch das Getreide auf den Feldern verrottete. Besonders furchtbar sind die Zustände in dem von deutschen Kolonisten

bewohnten Wolgagebiet. Die Bewohner der 10 Hungergouvernements haben sich, vom Hunger getrieben, mit Weib und Kind auf den Weg gemacht und wandern millionenweise in die benachbarten Bezirke. Sie sind fast ganz auf sich selbst angewiesen, denn die Moskauer Regierung kann so gut wie gar nichts für sie tun. Man muß sich den komplizierten Apparat dieser Regierung vorstellen, um begreifen zu können, wie machtlos sie ist. Die Verwaltung der einzelnen russischen Städte und Bezirke wird von örtlichen Sowjets geleitet, d. h. von Behörden, die durch die Arbeiter gewählt worden sind. Diese örtlichen Sowjets entsenden Vertreter in den Allrussischen Sowjet, der dem Namen nach die höchste Macht hat und etwa unserem Reichstag entspricht. Der Allrussische Sowjet wieder wählt aus seiner Mitte 200 Vertreter, die das Allrussische Exekutiv-Komitee bilden. Dieses Komitee schließlich ernannt einzelne seiner Mitglieder zu Volkskommissaren, die den Rang unserer Minister haben, aber keine Maßnahmen treffen dürfen, ohne vorher das Komitee zu befragen. In diesen ganzen Körperschaften gehen ständig Änderungen vor sich, da jede Wählergruppe also Arbeiter, Ortsowjets, der Hauptowjet und das Komitee ihre Vertreter wieder abberufen können und über allen steht die außerordentliche Polizeikommission, die jeden Verdächtigen sofort seines Amtes entsetzt.

Daß dieser Verwaltungsapparat keine Maßnahmen treffen kann, die wirklich geeignet sind, den Hungernden zu helfen, ist selbstverständlich und es wird noch verständlicher, wenn man hört, was die Regierung getan hat. Sie hat erstens den Hungernden geraten, auf eigene Faust in den reicheren Gebieten Requisitionen vorzunehmen, sobald hat sie angeordnet, die Naturalsteuer stärker als bisher einzuziehen. Diese Naturalsteuer, die von den Bauern landwirtschaftliche Erzeugnisse an Stelle des Geldes erheben will, hat sich aber bis jetzt noch nicht durchführen lassen und wird unter den erschweren Verhältnissen dieses Hungerjahres noch weniger möglich sein. In Wirklichkeit sind also die beiden Maßnahmen der Sowjetregierung das Eingeständnis, daß sie gegenüber der Hungertatatsrophe hilflos ist. Und sie hat das durch die Hilferufe, die sie an andere Völker richtete, nicht weniger offen zugegeben. Die Staats- und Wirtschaftsmethoden der Bolschewisten haben verjagt. Die Gewaltmethoden fühlen, wie ihnen der Boden unter den Füßen wandt, durch Zugeständnisse und Kompromisse mit den alten Methoden suchen sie das revolutionäre Rußland zu retten, wie der mutlose Lenin schreibt. Ob es ihnen gelingt und wie die Entwicklung in Rußland weitergehen wird, das kann kein Mensch voraussetzen.

Kleine politische Meldungen.

k. Verlegung des demokratischen Parteitages. Verhandlungen, die mit der Interaktion Rheinlandkommission über die Abhaltung des Parteitages der Deutschen Demokratischen Partei in Köln geführt worden sind, haben leider ergeben, daß die Bewegungsfreiheit des Parteitages nicht so gesichert sein würde, wie das nach demokratischen Anschauungen und Ansichten der gegenwärtigen Lage unbedingt erforderlich ist. Der Parteivorstand hat deshalb am Sonntag beschlossen, den Parteitag in Bremen statt in Köln abzuhalten und zwar am Sonnabend, Sonntag und Montag, den 5., 6. und 7. November.

Der Haftbefehl gegen Hirschfeld aufgehoben. Das Landgericht Offenbach hat den vom Amtsgericht Oberkirch gegen O. W. Hirschfeld erlassenen Haftbefehl aufgehoben. Nach der Begründung des Gerichtsbeschlusses können die Tatsachen des früheren Attentats des Beschuldigten, die Nähe Calmbachs vom Tator und den Orten, wo der Ermordete vom 1. Juli an sich aufhielt, und schließlich der Befehl zweier Herren, deren Neuzug der Täterbeschreibung ähnelt, am 24. August in Calmbach den Tatverdacht nicht stützen. Für längere Abwesenheit des Beschuldigten von Calmbach während seines dortigen Aufenthaltes haben die Ermittlungen keinen genügenden Anhalt ergeben.

k. Warum Erzberger nach Compiègne ging. Wie jetzt aus Mitteilungen von Freunden Erzbergers bekannt wird, ist er gegen seinen Wunsch und auf Drängen des Prinzen Max und des Generals Groener nach Compiègne gefahren, weil die schweizerische Regierung mitgeteilt hatte, daß die Entente mit Vertretern des kaiserlichen Regimes über Militärs der obersten Heeresleitung nicht verhandeln würde. Damit fällt der Vorwurf in sich zusammen, daß Erzberger sich aus persönlicher Eitelkeit zu den Verhandlungen gedrängt habe.

Ein Dementi Rathenaus. In der Revue des Deux Mondes hatte Prof. Bonde über eine Unterredung mit Minister Rathenau berichtet, die angeblich eine scharfe Spitze gegen England gehabt haben sollte. Rathenau sollte geäußert haben, daß eine Entente Frankreichs und Deutschlands gegen England nötig werde. Minister Rathenau erklärt nun, daß diese Äußerungen seinerseits nicht gefallen seien und auch seinen Anschauungen gar nicht entsprächen. Die Unterredung selbst hat übrigens stattgefunden.

Die polnischen Aufstandsvorbereitungen. Die Schließung der polnischen Aufstandsvorbereitungen der Insurgentenführer in Glogow-Jabrze bei Glogow beschlossen wurde: Jeder Gau beruft sofort eine Zusammenkunft ein, um festzustellen, wie viele Mannschaften ein jeder Gau für den vierten Polenaufruf stellen kann. Die Feststellung mußte bis zum 15. September beendet und nach Sowomec eingereicht sein.

k. Wider Angelegenheiten. Die Festangestellten der Berliner städtischen Gas- und Elektrizitätswerke, die sich dadurch beschwert fühlen, daß der Magistrat zwar den Forderungen der Arbeiter, aber nicht den ihrigen willig das Ohr leihe, sind Montag früh plötzlich in einen wilden Streik getreten und haben einen großen Teil des Lebens der Reichshauptstadt brach ge-

ermutlich sah
ung der Kirch.
saaft. Thema:
d seine Auf-
be im großen
ept., abend 8
ger Männer.
f. Konfirmierte
ung für die
hmüller.
15. Septbr.
erinnen u.
n vereint.
Bstadt
Buchwehst.
Kortner
teilt
großen
fen.
rer - Film
'Dr.
Schängel.
Beise.
Vorstellung
ffen!
Deutschen
rn in Aue.
g
8 Uhr (nicht
ntrag) statt.
n ab. 8 Uhr
Georgi
die Verhand-
Arbeitgebern
f. Schambach
erscheinen!
Aue.
Uhr
rei"
ung.
cht über:
rdnung.
Er.
verbände.
September,
Uhr
stadtpart"
che
mlung.
beitgeber.
Wagnand
pu. freiche.
Vorstand.
nber 1921
nhof
ffeln,
raft 10.
n=
en
billig aus
Ergeb.